

Stand: 02.02.2026 15:32:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8169

"Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8169 vom 19.09.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8630 des VF vom 09.10.2025
3. Beschluss des Plenums 19/8873 vom 13.11.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Dänemark, Italien und das Vereinigte Königreich mit Nachdruck eine Reform der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) anstreben, um den komplexen Herausforderungen der gegenwärtigen Migrationskrise wirksam begegnen zu können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich aktiv auf allen Ebenen in die Reformdebatte zur EMRK einzubringen, um praktikable und rechtlich belastbare Lösungen auf europäischer Ebene mitzugestalten.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

1. sich im Bundesrat nachdrücklich dafür einzusetzen, dass Deutschland sich als Mitglied der Ländergruppe positioniert und einreicht, die die im Mai 2025 von Dänemark und Italien initiierte Reforminitiative zur Überprüfung der Rechtsprechungspraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Kontext der EMRK unterstützt. Die von weiteren europäischen Staaten – zuletzt im Juni 2025 durch Großbritannien – mitgetragene Debatte über die zukünftige Auslegung und Weiterentwicklung der EMRK gilt es ausdrücklich zu befürworten. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auf europäischer Ebene mit aller Entschiedenheit und langfristigem Engagement die unverzügliche Realisierung dieses Anliegens zu verfolgen.
2. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass bei der Überprüfung der EMRK-Auslegung eine Balance zwischen dem Schutz der Menschenrechte und der Sicherung der Handlungsfähigkeit demokratischer Staaten gewahrt bleibt, insbesondere mit Blick auf die Wahrung ihrer Souveränität im Bereich der Migrationspolitik.
3. die Bedeutung sicherer Herkunftsstaaten als zentrales migrationspolitisches Instrument anzuerkennen und sich für eine rechtssichere sowie praktikable Umsetzung im Einklang mit menschenrechtlichen Standards im Kontext einer reformierten EMRK einzusetzen. Darüber hinaus soll die Liste sicherer Herkunftsstaaten auf EU-Ebene erweitert werden, um eine nachhaltige Asylwende sicherzustellen.
4. sich die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten sowie die rechtsstaatliche und menschenrechtskonforme Umsetzung einer reformierten EMRK als essenzielle Voraussetzungen anzusehen und sich zugleich dessen bewusst zu werden, dass ohne die konsequente Umsetzung beider Maßnahmen eine nachhaltige Asylwende nicht realisierbar ist.

Begründung:

Im Mai 2025 haben die Regierungen Dänemarks und Italiens eine Initiative angestoßen, die eine längst überfällige Debatte über die gegenwärtige Auslegungspraxis der EMRK durch den EGMR sowie deren Auswirkungen auf die Souveränität nationalstaatlicher Migrationspolitik eröffnet. Ziel dieser Initiative ist eine grundlegende Überprüfung der Rechtsprechung des EGMR, um die Handlungsspielräume demokratisch legitimer Staaten im Bereich der Migrationspolitik zu bewahren, ohne dabei den menschenrechtlichen Schutz auszuhöhlen. Ein prägnantes Beispiel für die daraus resultierenden Spannungen bietet die auf EU-Ebene diskutierte Liste sicherer Herkunftsstaaten. Den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Migrationskrise zu, deren rechtliche Handhabung jedoch in wesentlichen Punkten mit den Vorgaben der EMRK kollidiert. Zudem bestehen grundlegende Spannungen zwischen der EMRK und dem Unionsrecht, was bislang einen Beitritt der Europäischen Union zum Konventionssystem verhindert hat. Vor diesem Hintergrund erscheint eine tiefgreifende Revision der EMRK als dringend geboten: Auch Bayern steht als bundesdeutsches Flächenland vor erheblichen migrationspolitischen Herausforderungen, etwa im Bereich der Unterbringung, Integration und Rückführung. Eine rechtssichere und handlungsfähige Ausgestaltung der migrationspolitischen Instrumente – insbesondere im Umgang mit sicheren Herkunftsstaaten – liegt daher im besonderen Interesse des Freistaates.

Die Liste sicherer Herkunftsstaaten stellt ein zentrales Instrument zur Bewältigung der anhaltenden Migrationskrise dar, da sie es ermöglicht, Asylverfahren effizient zu bündeln, Rückführungen rechtssicher zu vollziehen und die Aufnahmekapazitäten für tatsächlich schutzbedürftige Personen zu sichern. Die Verhandlungen über eine einheitliche europäische Liste gestalten sich jedoch seit Jahren schwierig – maßgeblich aufgrund der gegenwärtigen, teilweise weitreichenden Auslegung des Refoulement-Verbots in Art. 3 EMRK durch den EGMR. Selbst bei vorliegender systematischer Prüfung, objektiver Sicherheitslage und rechtsstaatlichen Garantien im Herkunftsland scheitern individuelle Rückführungen regelmäßig vor dem Gerichtshof. Dies führt zu einer spürbaren Einschränkung der migrationspolitischen Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten.

Zusätzlich wird diese Problemlage durch ein ungelöstes institutionelles Spannungsverhältnis verschärft: Der Europäischen Union bleibt ein formeller Beitritt zur EMRK weiterhin verwehrt, obwohl dieser in Art. 6 Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ausdrücklich vorgesehen ist. Das Gutachten 2/13 des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hatte bereits im Jahr 2014 schwerwiegende verfassungsrechtliche Einwände gegen den damaligen Beitrittsentwurf formuliert. In den aktuellen Urteilen C-29/22 P und C-44/22 P aus dem Jahr 2024 hat der EuGH diese Bedenken erneut bekräftigt und klargestellt, dass der vorliegende Entwurf mit der Autonomie der Unionsrechtsordnung sowie der Rolle des EuGH, als deren Hüter nicht vereinbar sei. Daraus ergibt sich ein doppeltes Spannungsverhältnis: Einerseits bleibt die Europäische Union vom völkerrechtlichen Kontrollregime der EMRK ausgeschlossen, andererseits unterliegen die Mitgliedstaaten weiterhin uneingeschränkt der Rechtsprechung des EGMR – auch bei der Umsetzung von EU-Recht. Die Folge sind zunehmende Rechtsunsicherheiten, politische Blockaden und eine wachsende Frustration über fehlende steuerungspolitische Spielräume. Die von mehreren europäischen Staaten, zuletzt im Juni 2025 von Großbritannien, angestoßene Reformdiskussion zielt nicht auf eine Absenkung menschenrechtlicher Standards, sondern auf eine Rückbindung der EMRK an ihre ursprünglichen Schutzintentionen – unter Berücksichtigung aktueller realpolitischer, sicherheitspolitischer und integrationspolitischer Herausforderungen. Eine aktive Beteiligung Deutschlands an dieser Debatte würde ein klares Signal europäischer Verantwortung senden und dazu beitragen, sowohl die demokratische Legitimation migrationspolitischer Entscheidungen zu stärken als auch die langfristige Funktionsfähigkeit des menschenrechtlichen Schutzsystems zu sichern. Abschließend ist hervorzuheben, dass durch das jüngste Urteil des EuGH vom August 2025 in den verbundenen Rechtsachen C-758/24 und C-759/24 eine Entscheidung ergangen ist, die die Deklarierung sicherer Herkunftsstaaten erheblich erschwert. Überdies entfaltet dieses Urteil unmittelbare Implikationen für den intendierten COM-Vorschlag COM (2025) 259 im Bereich der Asylverfahren sowie im Hinblick auf die Konzeption sicherer Drittstaaten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und
Fraktion (AfD)**
Drs. 19/8169

**Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiter-
entwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 9. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/8169, 19/8630

Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Energie

Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum

11.07.2025 - 17.10.2025

Drs. 19/8410, 19/8810

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8810 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

☒

☒

☐ ENTH

☒

☐ ENTH

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt
Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft
01.08.2025 - 06.11.2025
Drs. 19/8424, 19/8813

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8813 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☐ ENTH	☒	☐ ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier,
Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Klimaschutzpolitik auf Kosten der Baubranche?
Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen
CO₂-Abgabe auf das bayerische Baugewerbe
Drs. 19/7208, 19/8642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐ A	☐ A	☒	☐ A	☐ A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wasserhaushalt schonen – Musterzisternensatzung für Kommunen
Drs. 19/7359, 19/8714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐ A	☐ A	☐ A	☒	☒

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Trinkwasser für alle – Installation von barrierefreien
Trinkwasserbrunnen und Refillstationen an allen
staatlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr
Drs. 19/7360, 19/8715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Anforderungen an die Messung ultrafeiner Partikel
durch die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie
Drs. 19/7381, 19/8716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bäume statt Hitzeinseln: 100 000 grüne Klimaanlagen für Bayern
Drs. 19/7406, 19/8717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit jedem Schritt besser – die AGFK Bayern macht Platz
für Fußgängerinnen und Fußgänger
Drs. 19/7461, 19/8643 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I:
Strategie statt Stückwerk – BNE braucht einen konkreten Plan
Drs. 19/7468, 19/8633 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen II:
Mehr Zeit für Projekte einplanen und Finanzierung sichern
Drs. 19/7469, 19/8634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen III:
Lehrkräfte stärken – Nachhaltigkeit beginnt mit guter Ausbildung
Drs. 19/7470, 19/8635 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen IV:
Global denken, lokal vernetzen – BNE braucht starke Strukturen
Drs. 19/7471, 19/8636 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen V:
Mitbestimmen. Mitwirken. Mitverändern. – Demokratie als Lernziel
der Zukunft fest verankern
Drs. 19/7472, 19/8637 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. AfD
Reallabore für Bayern: Freiräume für wirtschaftliches Wachstum
und unternehmerische Innovation schaffen
Drs. 19/7521, 19/8648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

15. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier AfD
Mittelstandsfreundliches Bayern:
KMU-Bürokratie-Checks für alle neuen und bestehenden Gesetze
Drs. 19/7522, 19/8649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer bayerischen Abschiebeflotte
Drs. 19/7523, 19/8624 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Erhöhung der Strafraumen bei Sexualdelikten
Drs. 19/7562, 19/8625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

18. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Von Japan lernen und Verantwortung übernehmen:
Schüler an Schulreinigung, Essensausgabe sowie Schulorganisation beteiligen und Kinderhausmeister einführen
Drs. 19/7582, 19/8638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fortschreibung des Bayerischen Aktionsplans Inklusion
Drs. 19/7614, 19/8622 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten
Drs. 19/7616, 19/8645 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Aussitzen mehr: Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter konsequent und zügig umsetzen!
Drs. 19/7619, 19/8626 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Antrag zur Bekämpfung der steigenden Gewaltdelinquenz junger Tatverdächtiger in Bayern
Drs. 19/7626, 19/8731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!
Drs. 19/7627, 19/8627 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vernichtungssperre für Akten im Zusammenhang mit Cum-Cum-Transaktionen
Drs. 19/7647, 19/8658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☐

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steueranreize für Cum-Cum-Geschäfte beseitigen
Drs. 19/7648, 19/8659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bargeld schützen – Seriennummern-Tracking gesetzlich begrenzen
Drs. 19/7656, 19/8732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml u.a. und Fraktion (SPD)
Beschleunigung der Investitionen für den Ganztagsausbau in der Grundschule
Drs. 19/7657, 19/8760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I:
Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen
Drs. 19/7709, 19/8650 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen II:
Qualifikation zum Privaten Sachverständigen
der Wasserwirtschaft vereinfachen
Drs. 19/7710, 19/8651 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen III:
Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter
Drs. 19/7711, 19/8652 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blockade bei Stromspeicherausbau beenden –
netzdienliche Stromspeicher zulassen
Drs. 19/7716, 19/8653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☒	☒

32. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Holger Gießhammer u.a. SPD
Städte und Gemeinden als Keimzelle der Demokratie:
zurück zur vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe
zwischen Freistaat und Kommunen
Drs. 19/7748, 19/8733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Rolle rückwärts bei Klima- und Energiepolitik:
Tempo machen bei Erneuerbaren, Wärmewende und Infrastruktur
statt Gaskraftwerks-Lobbyismus!
Drs. 19/7755, 19/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Holger Griebhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle I –
Ausbau der kindlichen Sprachförderung
Drs. 19/7770, 19/8639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒ ENTH	☒

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Holger Griebhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle II –
Qualitätskriterien für guten Ganzttag festlegen
Drs. 19/7771, 19/8640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Holger Gießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle III –
Konzept für Unterstützungskräfte an Grund- und Mittelschulen
Drs. 19/7772, 19/8641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒ ENTH	☒

37. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Evaluierung des praktischen Nutzens des Saatkrähen-Managements
des Landesamtes für Umwelt (LfU) in Bayern
Drs. 19/7799, 19/8718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität
gegen Tiere und Beschleunigung von Verfahren bei Verstößen
gegen das Tierschutzrecht
Drs. 19/7805, 19/8628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☐

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erhöhung des Strafmaßes für Tierquälerei und konsequente Tierhaltungs- und Betreuungsverbote für Täterinnen und Täter
Drs. 19/7806, 19/8629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☐

40. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Situation der Schulbegleitung an Bayerns Schulen
Drs. 19/7815, 19/8623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

41. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Andreas Jurca u.a. und Fraktion (AfD)
Steuerbürokratie abbauen, Unternehmen sowie Finanzverwaltung entlasten – Grenzbetrag zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung anheben
Drs. 19/7836, 19/8660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

42. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltdiktate nach Vorbild der USA beenden:
Autoland statt Klimaphantasien!
Drs. 19/7904, 19/8655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

43. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Pflegeverträge für ausgemusterte Pferde der polizeilichen Pferdestaffeln
Drs. 19/8081, 19/8734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒ ENTH	☒	☒

44. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Futter- und Pflegegeld bei den Hundestaffeln der Bayerischen Polizei erhöhen
Drs. 19/8083, 19/8735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☒	☒

45. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn u.a. und Fraktion (AfD)
Zunahme von Vandalismus gegenüber den beiden christlichen Kirchen in Bayern seit 2015
Drs. 19/8129, 19/8736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Vergrämunngsmethoden bei Krähen zur Schadensminderung in der Landwirtschaft
Drs. 19/8151, 19/8719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

47. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik
Drs. 19/8169, 19/8630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mein Körper, meine Entscheidung:
körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern
Drs. 19/8179, 19/8646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

49. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über eine mögliche Anpassung der Höhe des Futter- und Pflegegeldes für aktive und passive Diensthunde
Drs. 19/8431, 19/8737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒